Zeitschrift: Rote Revue : sozialistische Monatsschrift
Herausgeber: Sozialdemokratische Partei der Schweiz
Band: 14 (1934-1935)
Heft: 7

Artikel: Die Wirtschaftspolitik der Angestellten
Autor: Gridazzi, M.
DOI: https://doi.org/10.5169/seals-332104

Nutzungsbedingungen
Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Mehr erfahren

Conditions d'utilisation
L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. En savoir plus

Terms of use
The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. Find out more

Download PDF: 03.10.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, https://www.e-periodica.ch

der allgemeinen Welthandelskrise aber hat sich gerade der schweizerische Außenhandel verhältnismäßig sehr gut gehalten.

Wir kommen zum Schluß. Wir haben festgestellt, daß die Beziehungen zwischen Lohnhöhe und Exportmenge nicht so gradlinig sind, wie in exportindustriellen Kreisen irrtümlicherweise angenommen wird. Die Beispiele anderer Länder, namentlich dasjenige Deutschlands, lehren uns, daß wir von einem Lohnabbau, und mag er noch so rücksichtslos sein, keineswegs mit Sicherheit oder auch nur mit großer Wahrscheinlichkeit eine Belebung unseres Exportes erwarten können. Wir haben ferner festgestellt, daß der Abbau — bei einem durchaus zweifelhaften Nutzeffekt für die Exportindustrie — nicht nur den lohnarbeitenden Massen, sondern der gesamten schweizerischen Binnenwirtschaft, der Inlandsindustrie, der Bauernsame, dem Gewerbe sicheren und schweren Schaden zufügen wird. Wir haben drittens festgestellt, daß bereits die Abbau*propaganda* geeignet sein kann, die Wirtschaft zu lähmen und die Krise zu verschärfen.

Die Arbeiterschaft befindet sich also — nicht bloß standespolitisch, sondern *gesamtwirtschaftlich* gesehen — auf dem *richtigen* Wege, wenn sie dem Abbau entschieden entgegentritt.

Die Wirtschaftspolitik der Angestellten

Von M. Gridazzi.

Der politischen und wirtschaftspolitischen Haltung des sogenannten Mittelstandes kommt innerhalb der heutigen Gesellschaft eine besondere Bedeutung zu. Eine Betrachtung seiner wirtschaftspolitischen Ideen beansprucht deshalb, gerade auch im Hinblick auf die nächsten vor uns liegenden großen sozialen Kämpfe, ein erhöhtes Interesse. Wir versuchen im folgenden, allerdings nur stichwortartig, die entscheidenden Etappen dieser Politik zur Darstellung zu bringen.

Eine zielbewußte, klare Mittelstands- oder Angestelltenpolitik setzte erst in der Nachkriegszeit ein. Krieg und Nachkriegszeit bildeten zeitlich die entscheidenden Epochen, die dem sowohl soziologisch als auch ideologisch nur schwer zu erfassenden »Mittelstand« den ersten schweren Stoß versetzten und ihn zur politischen Stellungnahme geradezu zwangen. Zwar bestanden schon lange Zeit vorher namhafte Verbände der Angestellten; ihre Aufgabe hatte aber bis anhin in der Hauptsache darin bestanden, ihren Mitgliedern Gelegenheit zur Berufsausbildung und namentlich auch zur standesgemäßen Geselligkeit zu vermitteln. Um eigentliche Gewerkschaftsfragen kümmerten sie sich wenig. Ihre soziale und gesellschaftliche Stellung erschien ihnen für ewige Zeiten gesichert. Die Frage ihres sozialen Aufstieges war höchstens eine Frage der Zeit und stand ihrer Meinung nach in keinem Zusammenhang mit den soziologischen Gegensätzen innerhalb der Gesellschaft. Sie erkannten deshalb auch in ihren Arbeitgebern weniger die Exponenten einer andern sozialen Klasse als vielmehr die ihnen

sozial gleichgestellten Partner, deren gesellschaftliche Stufe und Machtstellung durch Fleiß und treue Pflichterfüllung sie allmählich zu erklimmen hofften. Ein Zusammenschluß zu Kampfverbänden zur Verteidigung ihrer wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Interessen mußte ihnen aus diesen Gründen und im Hinblick auf ihren erhofften persönlichen Aufstieg als zwecklos erscheinen. Ihr Ideal war die Erhaltung ihres Standes, und dieser schien durch die bisherigen Verhältnisse nicht gefährdet.

Diese Hoffnung wurde aber durch die tatsächliche wirtschaftliche Entwicklung gründlich widerlegt. Die Diskrepanz zwischen erhofftem Idealzustand und den realen Verhältnissen zwang zur Besinnung. Die mehr und mehr um sich greifende Rationalisierung und Maschinisierung innerhalb der Betriebe wirkten sich zuungunsten der Angestellten aus. Ihre Arbeit innerhalb der Betriebe wurde mehr und mehr entpersönlicht, sie selber mit der Zeit bloße Teilarbeiter ohne Ueberblick des Ganzen, die leicht zu ersetzen waren. Hand in Hand damit schritt die Verschlechterung der Lebenshaltung und ein ständiges Abgleiten dieser Mittelschichten zum Proletariat hin. Sie, die lange Zeit als der fest ruhende Pol des Mittelstandes überhaupt gegolten hatten, erkannten, daß ihre soziale und namentlich auch ihre gesellschaftliche Stellung auf schwankendem Boden stand. Dazu kam noch die rapide Zunahme der Zahl der Angestellten. Die Zeit der kapitalintensiven Produktion mit ihrem weitverzweigten Kreditaufbau brauchte zu ihrer Verwaltung und Organisation einen immer größern Stab von Angestellten. Ihre Bestände rekrutierten sich nunmehr ebenfalls aus proletarischen Schichten. Zu den Einflüssen, die von der wirtschaftlichen Entwicklung von außen her auf die Umgestaltung der Mentalität der Angestellten einwirkten, gesellte sich die teilweise Untergrabung der bisher ausschließlich standespolitischen Einstellung von innen her. Damit war auch der Antrieb zum einheitlichen Zusammenschluß der bestehenden Angestelltenverbände zwecks Wahrung ihrer Interessen von selbst gegeben. Daß ihr soziales und wirtschaftspolitisches Ziel dem nunmehr als bloßem Profitinteresse erkannten Streben der Unternehmer entgegengesetzt war, ist einleuchtend. Ein Anschluß an den Schweizerischen Gewerkschaftsbund kam aber aus mancherlei Gründen, die zu erörtern hier nicht unsere Aufgabe ist, nicht in Frage. So kam es am 4. Juli 1918 zur Gründung der Vereinigung Schweizerischer Angestelltenverbände (VSA.), die der Träger der schweizerischen Angestelltenpolitik geworden ist. Gleich im Gründungsjahr war ihr schon ein großer Erfolg beschieden. In der sogenannten Berner Uebereinkunft gelang es ihr, den ersten und leider auch letzten schweizerischen Gesamtarbeitsvertrag für die Angestellten unter Dach zu bringen. Dieser Vertrag wurde allerdings schon nach zwei Jahren von den Arbeitgebern wieder gekündigt. Das soziale Schamgefühl stand eben damals schon in gewisser Beziehung zur persönlichen Angst.

Der VSA. zählt heute rund 62,000 Mitglieder und bildet die Dachorganisation der Angestelltenverbände. Die stärkste ihm angeschlossene Gruppe bildet der Kaufmännische Verein mit rund 36,000 Mit-

gliedern. Ihm folgen der Schweizerische Werkmeisterverband mit 7076, der Schweizerische Bankverein mit 6300, die Union Helvetia mit 5800 Mitgliedern, um nur die wichtigsten zu nennen. Der Zweck der Vereinigung besteht auch heute noch in der »Wahrung aller die Gesamtheit der Privatangestelltenverbände und deren Glieder berührenden Interessen in der schweizerischen Volkswirtschaft«. Darunter ist vor allem zu verstehen »die Förderung der wirtschaftlichen, sozialen und rechtlichen Besserstellung der Angestellten, Verfolgung einer zweckmäßigen Konsumentenpolitik, Einflußnahme auf alle Fragen des Anstellungsverhältnisses, Steuergesetzgebung, des Arbeitsmarktes und der Sozialversicherung«.

In politischer und religiöser Hinsicht erklärte der Verband seine volle Neutralität. Seine politische Orientierung richtet sich aber eindeutig nach den Grundsätzen der bürgerlichen Parteien. Dabei ist aber jetzt schon festzustellen, daß momentane wirtschaftliche Bedürfnisse auch eine andere politische Orientierung ermöglichen. Die Angestellten suchen sich nämlich immer dort anzulehnen, wo sie auf die Unterstützung ihrer wirtschaftlichen Forderungen und mittelständischen Ideale zählen können und eine Koalition Erfolg verspricht. Im Grunde genommen geht ihre Politik noch immer nicht über den Rahmen einer bloßen Standespolitik hinaus. Die VSA. stellt sich denn auch heute noch, in manchen Punkten allerdings nur sehr bedingt, grundsätzlich auf den Boden der kapitalistischen Wirtschaftsordnung. Der immer schärfer werdende Gegensatz zwischen dem bloß profitstrebenden Kapital und der Lohnarbeit ist ihr zwar nicht entgangen. Sie hat denn auch unter dem Eindruck dieser Erkenntnis verschiedentlich an der Wirtschaftsauffassung des Liberalismus scharfe Kritik geübt. Zu einer entscheidenden, grundsätzlichen Auseinandersetzung mit dem System als solchem hat sie sich aber nicht durchgerungen. Wohl leidet heute ein großer Teil der ihr angeschlossenen Privatangestellten unter dem Joch der Krise. Trotzdem scheinen sie ihre Hoffnung, bei einem kommenden Aufschwung der Wirtschaft wieder als Stand hochgenommen zu werden, nicht aufgegeben zu haben. Der gesellschaftliche und wirtschaftliche Niedergang ihres Standes und sein Versinken im Proletariat wird zwar zugegeben, in den meisten Fällen aber nur als zeitbedingt und vorübergehend betrachtet. Von diesen Ueberlegungen sind eigentlich alle konkreten wirtschaftspolitischen Vorschläge, die von seiten der Angestellten gemacht wurden, getragen.

Immerhin ist dabei in den letzten Jahren eine Annäherung, wenn nicht sogar völlige Uebereinstimmung mit der im Schweizerischen Gewerkschaftsbund organisierten Arbeiterschaft unverkennbar. Diese Annäherung ist nicht zufällig, sondern entspringt den natürlicherweise häufig gleichgerichteten Interessen der beiden Verbände. Eine Fühlungnahme der beiden Spitzenorganisationen zwecks Durchführung gemeinsamer Aktionen auf wirtschaftspolitischem Gebiete, sei es ein Abstimmungskampf oder bei Verhandlungen mit den Bundesbehörden, drängte sich in der Folge beiden Arbeitnehmerorganisationen schon

sehr bald auf, und namentlich von seiten der Angestelltenvertreter wurde immer wieder versucht, eine zwischenparteiliche, grundsätzlich wirtschaftspolitische Politik der großen Arbeitnehmerverbände zu propagieren. Die Verbindung mit dem Schweizerischen Gewerkschaftsbund wurde erstmals bei der Beratung und Durchführung der Zollinitiative angeknüpft. Die damalige »Front der Arbeit« feierte ihren ersten großen Sieg im Kampf gegen die geplante Aufhebung der 48-Stunden-Woche. Die Initiative war vom Gewerkschaftsbund ausgegangen und von der VSA. angenommen worden. Gegen das in der Junisession der eidgenössischen Räte vom Jahre 1921 angenommene Bundesgesetz, das nach dem Vorschlage des Bundesrates den Art. 41 des Fabrikgesetzes betreffend die 48-Stunden-Woche im Sinne der Verschlechterung revidierte, wurde von seiten der Verbände das Referendum ergriffen und innert kurzer Zeit 202,000 Unterschriften eingereicht. In der Volksabstimmung vom 17. Februar 1924 wurde denn auch das Gesetz mit großer Mehrheit bachab geschickt. Weniger glücklich ging dann der wieder gemeinsam geführte Kampf zur Verteidigung der Initiative Rothenberger auf Einführung einer Altersversicherung aus. Die Initiative wurde in der Volksabstimmung verworfen. Als Kompensation dafür wurde dann der vom Parlament ausgearbeitete Gegenvorschlag am 6. Dezember 1925 angenommen. Leider ist aber bis heute die Finanzierung dieser eidgenössischen Alters-, Hinterbliebenen- und Invalidenversicherung von gewissen Kreisen immer wieder hintertrieben worden. Die gemeinsame Kampfführung der beiden Dachorganisationen führte nach jahrelangen Verhandlungen zum Abschluß eines Abkommens zwischen VSA. und Gewerkschaftsbund, wobei die Uebereinstimmung zum Ausdruck kam, daß trotz den Differenzen grundsätzlicher Art zwischen dem Schweizerischen Gewerkschaftsbund und der VSA., die »ihren Ausdruck finden in der Stellung der beiden Organisationen dem heutigen Wirtschaftssystem gegenüber und in den Methoden der Führung des gewerkschaftlichen Kampfes, in gewissen Fragen Uebereinstimmung besteht, und daß infolge der gleichgerichteten Interessen die Möglichkeit einer Zusammenarbeit vorhanden ist«. Weiter wurde in diesem Abkommen vom Oktober 1927 erklärt, daß angesichts der Tatsache, »daß die Arbeiter und Angestellten in Wirtschafts- und sozialpolitischen Fragen mit einem geeinigten Unternehmertum zu rechnen haben«, in allen gemeinsamen sachlichen und taktischen Fragen eine Verständigung der beiden Verbände zu suchen sei.

Damit war gleichsam der Grundstein der heutigen »Front der Arbeit« gelegt. Ihre Schlagkraft hat sich im Referendumskampf vom 28. Mai 1933 und neuestens wieder in der von den beiden Verbänden und anderen Wirtschaftsorganisationen lancierten Initiative zur Ueberwindung der wirtschaftlichen Krise und Not bewiesen. Namentlich in diesen beiden Aktionen kommt die scharfe sachliche Kritik der Angestelltenverbände gegenüber dem Kapitalismus deutlich zum Ausdruck. Wenn zum Beispiel die Angestellten im Jahre 1933 die Einsetzung eines Wirtschaftsrates mit dem Hinweis auf die sich »fort-

setzende Einengung der geltenden liberalen Wirtschaftsordnung durch monopolistische Bildungen« fordert, und weiter verlangt, »daß dem abhängigen Arbeitnehmer in der Gestaltung der Arbeitsbedingungen, dem Konsumenten in der Festsetzung der Preise, eine objektive Normung gewährleistet werden, die eine einseitige Begünstigung der wirtschaftlich Stärkern ausschließt«, so ist damit in den Grundgedanken der liberalen Wirtschaft bereits eine Bresche geschlagen worden. Noch deutlicher kommt dieses Abweichen von der kapitalistischen Wirtschaftslehre durch die Angestellten in ihrer Eingabe an Bundesrat Schultheß, in der sie konsequent gegen den verlangten allgemeinen Lohn- und Preisabbau Stellung nehmen, zum Ausdruck. Hier wird nicht mehr und nicht weniger als »so etwas wie ein Stück Planwirtschaft« gefordert. Die Eingabe stellt weiter fest, »daß das freie Spiel der Kräfte die Imponderabilien, welche heute die Weltwirtschaft belasten, nicht zu meistern vermag«. Dem Abbauprogramm Schultheß wird die dirigierte Wirtschaft gegenübergestellt und positiv die Errichtung einer nationalen Exportorganisation zur Förderung des Exportes sowie die Schaffung einer nationalen Exportbank »mit quasi Monopolcharakter für Auslandsanlagen von Schweizer Kapital« in Vorschlag gebracht. Des weitern wird zur Linderung der Arbeitslosigkeit großzügige Arbeitsbeschaffung und die Verkürzung der Arbeitszeit verlangt, alles Forderungen, wie sie auch von der organisierten Arbeiterschaft schon seit langem erhoben werden. Und wenn in der Eingabe als Maßnahme zur Erschließung der notwendigen finanziellen Mittel die Erhebung einer allgemeinen Umsatzsteuer sowie Krisenabgaben aus Erbschaften vorgeschlagen werden, stellen sie sich mit ihren Forderungen auf dieselbe Plattform.

Mit diesen Forderungen betritt die VSA., wie uns scheinen will, eine neue wirtschaftspolitische Aera. Im Kampf um die Verteidigung der Existenzgrundlagen ihrer Mitglieder kommt sie zwangsläufig in einen immer schärferen Konflikt mit den Grundgesetzen der von ihr hochgehaltenen liberalen Wirtschaft. Ihre politische Orientierung erscheint deshalb paradoxer denn je, sind doch die Verfechter der rücksichtslosesten Abbaupolitik mit den Vertretern der Angestellten in ein und derselben Partei. Dieser Widerspruch muß die Kampfkraft der Angestelltenverbände notwendigerweise beeinträchtigen. Eine letzte, grundsätzliche Auseinandersetzung wird ihr deshalb in Zukunft nicht erspart bleiben.

Die Bauern und die Deflation

Von Dr. Eugen Steinemann.

Als ich Ende des letzten Jahres auf einem Plakat las »Protestversammlung gegen den Kurs Schultheß«, und darunter den Namen eines bekannten Bauernführers fand, wurde mir wieder einmal blitzartig klar, in welchem Maße die Meinungen heute in Bewegung sind,